

Wovon wollen wir morgen leben? Transformation ist kein Fremdwort für die Wirtschaft in Mitteldeutschland

**Thesen- & Positionspapier
der mitteldeutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände
an die künftige Bundesregierung**

27. Oktober 2021

**Arbeitgeber- und
Wirtschaftsverbände
Sachsen-Anhalt e. V.**

Humboldtstraße 14
39112 Magdeburg

0391 62888-0
info@aw-sa.de
www.aw-sa.de

**Verband der Wirtschaft
Thüringens e. V.**

Lossiusstraße 1
99094 Erfurt

0361 6759-0
info@vwt.de
www.vwt.de

**Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e. V.**

Bautzner Straße 17
01097 Dresden

0351 25593-0
vsw@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de

Wirtschaft ist Grundlage für den Wohlstand unserer Gesellschaft. Die neue Bundesregierung muss dies anerkennen und in den anstehenden Entscheidungen berücksichtigen.

Wirtschaft betrifft uns alle – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Familien, die Unternehmer, die Kommunen und den Staat als Ganzes. Arbeit ist integraler Bestandteil eines sinnerfüllten Lebens. Wer „die Wirtschaft“, „die Industrie“ oder „den Markt“ als Gegner von Menschen dargestellt, diskreditiert das Leben vieler Millionen Erwerbstätiger in unserem Land und spaltet die Gesellschaft.

Die Entwicklung Mitteldeutschlands zeigt, wie eng verbunden Wirtschaft und Gesellschaft sind. Nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus und den folgenden Strukturumbrüchen sind Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wieder leistungsfähige Industrieregionen geworden. Wenngleich noch immer strukturelle Unterschiede bestehen, war das die Grundlage für Wirtschaftswachstum, sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Einkommen in den vergangenen Jahren.

Der Staat hat noch nie durch Verbote, zusätzliche Abgaben oder größere Behörden Innovationen, Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen. Es sind die Unternehmen und ihre Mitarbeiter, die beständig dafür sorgen. Diese benötigen Rahmenbedingungen, die Freiheiten für neue Ideen erlauben und Wachstum ermöglichen. Dies gilt vor allem für die mitteldeutsche Wirtschaft, die sich noch immer im Aufholprozess befindet und der Fesseln umso mehr schaden.

„Wovon wollen wir morgen leben?“ ist die zentrale Frage für die nächsten Jahre. Die neue Bundesregierung muss durch faire Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovationen Antworten ermöglichen.

Die Corona-Krise hat viele Aufgaben für die künftige Bundesregierung offengelegt und hinterlässt nicht zuletzt aus finanzieller Sicht einen riesigen Ballast. Gleichzeitig befindet sich unsere Wirtschaft inmitten globaler Trends, die sich überschneiden, gegenseitig verstärken und unser bisheriges Erfolgsmodell in Bedrängnis bringen.

Die Digitalisierung ändert Prozesse und Geschäftsmodelle, doch gibt es großen Nachholbedarf bei Infrastruktur und öffentlicher Verwaltung. Große Märkte schotten sich wieder stärker ab, indem Zölle, Vorgaben und Local-Content-Klauseln aufgebaut werden. Die politischen Klimaziele verteuern die inländische Fertigung bis zur Unwirtschaftlichkeit und drängen wichtige Energieträger und etablierte Technologien aus dem Land, an denen Tausende Betriebe mit Millionen Arbeitsplätze hängen. Durch den demografischen Wandel und falsche Bildungsschwerpunkte fehlt es auf der anderen Seite vor allem im MINT-Bereich an ausreichend Fachkräften, welche diejenigen Innovationen entwickeln und produzieren, die die Herausforderungen bewältigen können.

Politik und Zentralbank reagieren bislang mit immer neuen Staatsschulden und billigem Geld, was aber die Gefahr neuer Schuldenkrisen und steigender Preise vergrößert. Stattdessen braucht es Reformen, Entlastungen und Investitionen, um Wirtschaft und Gesellschaft die Chancen zurückzugeben, sich erfolgreich den anstehenden Aufgaben zu stellen und so unseren Wohlstand zu sichern. Aus Sicht der mitteldeutschen Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände sind dabei die folgenden Aufgaben für die neue Bundesregierung in den nächsten Jahren zentral.

Sozialbeiträge dauerhaft unter 40% festschreiben und zeitgemäße Arbeitsgesetze schaffen. Die Bundesregierung muss faire Bedingungen für das Bestehen im internationalen Wettbewerb ermöglichen.

Ausgangslage:

- Deutschland konnte in den vergangenen Jahren die Früchte der Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder ernten. Diese führten zu wirtschaftlicher Dynamik, Beschäftigungsaufbau und steigenden Staatseinnahmen. Die positive Ausgangslage wurde wieder verspielt.
- 2019 gab Deutschland über 680 Mrd. EUR für Soziale Sicherung aus. Die jährlichen Sozialleistungen erhöhten sich seit 2010 um 170 Mrd. EUR. Dies treibt Sozialbeiträge und damit auch Arbeitskosten nach oben, bei denen Deutschland schon im Spitzenfeld ist.
- Die Demografie verschärft die Trends. 2040 drohen Sozialabgaben von 46% - mehr als 6%-Punkte über dem heutigen Niveau. Dies gefährdet über 500.000 Arbeitsplätze.

Aufgaben:

- Wir brauchen eine Sozialabgabenbremse, welche die SV-Abgaben bei 40% deckelt – am besten mit Verfassungsrang.
- Arbeitnehmer und Unternehmen können ihre Weiterbildung selbst am besten planen. Mittelstand und Menschen mit geringerem Einkommen sollten über Weiterbildungsschecks unterstützt werden. Zudem sind die steuerlichen Anrechnungsmöglichkeiten zu verbessern.
- Durch Arbeitszeitregelungen entsprechend der EU-Arbeitszeitrichtlinie sind mehr Freiräume für betriebliche Lösungen zu schaffen, denn dort weiß man am besten, was zum Arbeitsalltag passt.
- Tarifbindung entsteht allein durch attraktive Tarifverträge, nicht durch gesetzlichen Zwang. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und gesetzliche Tarifreueeregeln sind das Gegenteil dessen, was die Tarifautonomie ausmacht – nämlich Freiwilligkeit.

Empfehlungen:

1. Versicherungsfremde Leistungen aus Steuern finanzieren.
2. Demografiefaktor in der Rente und Nachhaltigkeitsfaktor in der Pflegeversicherung (wieder-)einführen.
3. Qualifizierung über Weiterbildungsschecks und steuerliche Zuschläge fördern. Kein Ausbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Qualifizierungsagentur.
4. Staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie und Diskriminierung tariffreier Unternehmen und ihrer Mitarbeiter beenden.
5. Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie in deutsches Recht.
6. Keine neuen Teil-, Freizeit- und Homeoffice-Ansprüche, die Wenige zu Lasten der verbleibenden Beschäftigten einfordern.
7. Kalendermäßige Befristung beibehalten und Hindernisse abbauen sowie weitere Einschränkungen von Werkverträgen und Zeitarbeit unterlassen.

Kostenbelastungen und Bürokratie dringend reduzieren. Unternehmen sorgen für sichere Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Dafür brauchen sie Freiräume.

Ausgangslage:

- Deutschland ist ein Hochsteuerland: Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag summieren sich auf durchschnittlich 30%. Die überdurchschnittlichen kommunalen Hebesätze treiben die Belastung für viele mitteldeutsche Unternehmen noch höher. In der EU (22%) und im internationalen Durchschnitt (23,5%) werden Firmen dagegen deutlich weniger belastet. Während viele Länder ihre Steuersätze im vergangenen Jahrzehnt senkten, stiegen diese in Deutschland an.
- Vermögenssteuern sind eine große Belastung für die Wirtschaft und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Finanzämter: Das Betriebsvermögen ist in Gebäuden, Maschinen und Patenten gebunden. Dieses Geld haben Unternehmer nicht einfach auf dem Konto. Zudem gehen 30% der Steuer durch deren komplizierte Erfassung bereits wieder verloren.
- Deutschland hat nach Dänemark die höchsten Strompreise Europas. Ein Industrieunternehmen zahlt 50% mehr als im EU-Schnitt. Über die Hälfte des Strompreises werden durch Steuern und Abgaben verursacht.
- Steuervorschriften, Vorgaben zur Papierform, Berichtspflichten und ein ausuferndes Beauftragtenwesen erzeugen immer mehr Bürokratie und belasten vor allem KMU. Die bisherigen Fortschritte durch die Entlastungsgesetze wurden auf dem Fuße durch neue Vorgaben zunichtegemacht (Beispiel „Lieferkettengesetz“).

Aufgaben:

- Wir brauchen ein Belastungsmoratorium und ein faires Steuersystem, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Statt Steuererhöhungen sind die Unternehmenssteuern auf den internationalen Durchschnittswert zurückzufahren.
- Durch den Abbau staatlicher Belastungen ist der Strompreis zu senken.
- Über ein weiteres Bürokratieentlastungsgesetz sind substantielle Entlastungen zu erzielen.

Empfehlungen:

1. Gewerbesteuer vereinfachen und in die Ertragssteuern integrieren.
2. Solidaritätszuschlag vollständig abschaffen.
3. EEG-Umlage abschaffen, Netzentgelte durch Bundeszuschüsse absenken.
4. Spitzenausgleich (§ 10 StromStG) über 2022 hinaus verlängern.
5. Stromsteuer auf EU-Mindestniveau senken, CO₂-freie Energieträger freistellen.
6. Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge abschaffen.
7. Genehmigung und Durchführung von Spezialtransporten durch schnellere Verfahren und verlässliche Verkehrskorridore beschleunigen.
8. Praktikable Umsetzung des Lieferkettengesetzes auf nationaler und EU-Ebene.
9. Entsenderichtlinie und A1-Bescheinigung entbürokratisieren.
10. One-in-one-out-Regelung auf EU-Vorgaben erweitern.

Investitionsoffensive starten und Fesseln für Investitionen lösen, um von Zielen zur Umsetzung zu kommen.

Ausgangslage:

- Deutschland nutzt seine Steuermehreinnahmen zu wenig für Investitionen. Stattdessen stiegen vor allem Sozialausgaben. Die Infrastruktur für Verkehr, Energie und IKT bleibt hinter dem steigenden Bedarf zurück. Folge sind offensichtliche Mängel und Überlastungen.
- Die mitteldeutsche Wirtschaft ist besonders vom Strukturwandel betroffen. Durch das Zusammenwachsen Europas hat sich die Region gleichzeitig zu einem zentralen Transitland zwischen West und Ost entwickelt. Trotzdem bleiben ganze Industriegebiete vom Schienenfernverkehr abgekoppelt und die Ausgaben für neue und erweiterte Bundesstraßen wurden halbiert. Folge sind überlastete Autobahnabschnitte und abgehängte ländliche Regionen.
- Der politisch forcierte Strukturwandel bei Auto und Kohle zwingt zu Neuinvestitionen, lässt aber gleichzeitig die Erträge sinken. Dies trifft vor allem den Mittelstand, der um die Finanzierung von Innovationen und neuen Maschinen und damit seine Zukunft kämpfen muss.
- Die Corona-Krise zeigte, wie wichtig funktionierende Lieferketten sind. Für den Infrastruktur- und Wohnungsbau sowie die Versorgung der Wirtschaft sind heimische Rohstoffe unerlässlich. Diese werden unter hohen Umwelt- und Sicherheitsstandards gewonnen. Durch den Kohleausstieg sinkt das Aufkommen an Gips aus Rauchgasentschwefelungsanlagen (REA), weshalb Naturgips stärker genutzt werden muss.

Aufgaben:

- Die mitteldeutsche Wirtschaft ist in der bundesweiten Infrastrukturplanung stärker zu berücksichtigen. Genehmigungsverfahren sind deutlich zu beschleunigen sowie rechtliche und bürokratische Hemmnisse konsequent abzubauen.
- Die Schiene muss zu den Anforderungen moderner Logistikprozesse aufschließen. Das Netz muss ausgebaut, modernisiert und digitalisiert werden.
- Vor allem im ländlichen Raum werden auch künftig neue oder erweiterte Straßen gebraucht. Gute Anbindungen vergrößern die Chancen, Strukturwandelprozesse erfolgreich zu bewältigen.
- Die Wirtschaftsförderung muss den Mittelstand bei Wachstum und Innovationen unterstützen sowie faire Chancen im internationalen Wettbewerb und dem politisch forcierten Strukturwandel gewährleisten. Die Kriterien der Förderprogramme sind praktikabel zu gestalten.
- Die Nutzung heimischer Rohstoffe ist zu sichern. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist neben Recycling und Verwertung auch auf ausreichend Deponiekapazitäten angewiesen.

Empfehlungen:

1. Anbindung der Industrieregion Südwestsachsen und der Lausitz zügig verbessern sowie Mitte-Deutschland-Verbindung als Hauptschlagader Thüringens ausbauen.
2. Ländliche Raum durch Straßen anbinden und Kollaps der Autobahnen verhindern.
3. GRW-Investitionsförderung auf aktuellem Niveau fortsetzen sowie durch flexiblere Kriterien mit Fokus auf Produktivität und Innovationen weiterentwickeln.
4. Steuerliche Forschungszulage sowie Technologieförderung für KMU und Zukunftsinvestitionen ausbauen.
5. Nutzung heimischer Rohstoffen sichern und ganzheitliche Kreislaufwirtschaft fördern.

Klimawende global angehen und bei nationalen Umweltmaßnahmen Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit erhalten.

Ausgangslage:

- Die deutsche Wirtschaft produziert überdurchschnittlich energieeffizient. Der Anteil an den globalen CO₂-Emissionen ist auf unter 2% gesunken. Die CO₂-Emissionen Mitteldeutschlands wurden seit 1990 halbiert.
- Strom aus Wind und Sonne schwankt naturgemäß. Der Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung sank im 1. Halbjahr 2021 auf 45% nach 56% ein Jahr zuvor. Um diesen grundlastfähig zu machen, fehlen leistungsfähige Speicher- und Übertragungsmöglichkeiten, weshalb zu Spitzenzeiten Strom zu Rekordpreisen aus dem Ausland bezogen werden muss. Länder mit geringeren Stromkosten sind oftmals erfolgreicher, CO₂ einzusparen.
- Klimawandel ist ein globales Problem. Nationale Alleingänge und härtere Regeln für die Industrie verhindern diesen nicht. Im Gegenteil: Können deswegen weniger effiziente Wettbewerber deutsche oder europäische Firmen vom Markt drängen, schadet das dem globalen Klima und zerstört gleichzeitig Arbeitsplätze vor Ort.
- Die Verschärfung der Klimaziele von 55 auf 65% durch die letzte Bundesregierung erfolgte überstürzt. Schon die bisherigen Einsparziele waren extrem ambitioniert. Wie die neuen Ziele erreicht werden sollen, bleibt angesichts des schleppenden Infrastrukturausbaus und notwendiger Milliardeninvestitionen unklar.

Aufgaben:

- Statt Aktionismus sind rationale Maßnahmen und verlässliche Weichenstellungen sowie technologieoffene und marktwirtschaftliche Instrumente notwendig. Es hilft nicht, wenn Verbote in Deutschland den Welt-CO₂-Ausstoß im Promille-Bereich senken. Stattdessen brauchen wir klimafreundliche Technologien, die in Länder mit einem höheren CO₂-Ausstoß exportiert werden können – nur so erreicht man einen globalen Effekt.
- Erzeugung und Verbrauch von Strom fallen bei einem steigenden Anteil Erneuerbarer Energien künftig räumlich und zeitlich immer mehr auseinander. Speichermöglichkeiten und Übertragungsnetze sind dafür zügig weiterzuentwickeln und auszubauen.
- Deutschland darf den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen. Die Höhe der CO₂-Steuer ist von Fortschritten im Ausbau der notwendigen Infrastruktur inkl. Speichern und Übertragungsnetzen sowie einer Harmonisierung in der EU abhängig zu machen.

Empfehlungen:

1. Vereinbarungen zum Kohleausstieg müssen Bestand haben.
2. Kein Verbot von Verbrennern – dafür alternative Kraftstoffe und Wasserstoff fördern.
3. Europäische Energieaußenpolitik, die auf Kooperationen und Technologieexport setzt und an den Prinzipien des Freihandels festhält.
4. Förderung für energieeffiziente Maschinen und Anlagen sowie Gebäude mit ausreichend Mitteln untersetzen und weiter ausbauen.
5. Unterstützung von Reallaboren technologie- und branchenoffen etablieren.

Auf staatliche Kernaufgaben konzentrieren, indem Politik sich zuerst um nachhaltige Finanzen, Sicherheit sowie eine leistungsfähige Verwaltung und Bildung kümmert.

Ausgangslage:

- Der Schuldenstand in der Euro-Zone übersteigt inzwischen die jährliche Wirtschaftsleistung. Bereits vor Corona haben die wenigsten Länder die Maastricht-Kriterien eingehalten. Hieraus drohen Inflation und neue Finanzkrisen. Auch Deutschland und die mitteldeutschen Bundesländer mussten sich in der Corona-Krise massiv verschulden. Dank Schuldenbremse und Konsolidierung bestand größerer Spielraum, auf die Krise zu reagieren.
- Deutschland liegt bei internationalen Vergleichen zur Digitalisierung zurück. Besonders schlecht wird die staatliche Verwaltung bewertet. Hier kommt Deutschland laut Europäischer Kommission nur auf Platz 21 aller 28 EU-Staaten. Hinzu kommen immer höhere Schäden durch Cyberangriffe auf Unternehmen und kritische Infrastrukturen.
- Für die Innovationskraft der mitteldeutschen Wirtschaft sind Arbeitskräfte aus den Fachrichtungen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zentral. Die größte Lücke besteht bei Facharbeitern.

Aufgaben:

- Für nachhaltige Finanzen sorgen und die Schuldenbremse wieder einhalten. Die gemeinsamen europäischen Schulden für den Coronahilfsfonds müssen eine einmalige Ausnahme bleiben.
- Deutsche Verwaltung ins 21. Jahrhundert bringen: Anstelle einzeln digitalisierter Verwaltungsleistungen oder eines föderalen Flickenteppichs brauchen wir Datenaustausch und funktionierende Schnittstellen. Bei der Reihenfolge der Digitalisierungsmaßnahmen müssen wertschöpfungsrelevante Tätigkeiten klar priorisiert werden.
- Wirtschaftsförderung muss Aufgabe der gesamten Verwaltung sein. Wir brauchen einen grundlegenden Kulturwandel, der auf Ermöglichen und den Abbau von Bürokratie abzielt.
- Deutsches Bildungssystem (wieder) auf internationales Spitzenniveau bringen. Der MINT-Fachkräftelücke ist entgegenzuwirken. Alle Beteiligten müssen bei der Digitalisierung des Bildungsbereichs an einem Strang ziehen.
- Mitteldeutschland braucht eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung. Die Vermengung von Zuwanderung und Asylmigration muss dafür aufhören.

Empfehlungen:

1. Erhalt Schuldenbremse im Grundgesetz, Ausschluss europäische Schuldenunion.
2. EUROPOL, BSI und BKA für die Abwehr von Cyberangriffen aufrüsten.
3. Onlinezugangsgesetz (OZG) und „Einer für alle“-Ansatz umsetzen sowie „Government as a Plattform“ etablieren.
4. DigitalPakt Schule schneller umsetzen und Kooperationsgebot Bund-Länder-Kommunen in digitalen Bildungsthemen.
5. Vereinfachung und Bündelung des Beitragseinzugs durch die Krankenkassen.
6. Register über Firmenbasisdaten und bundesweite Wirtschaftsnummer für Firmen.